



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

im letzten Jahr hat sich in Sachsen eine besorgniserregende Entwicklung gezeigt. Immer mehr Menschen streben zu Waffen. Die Zahl der Schusswaffen und waffenrechtlichen Erlaubnisse in Sachsen sind im Jahr 2015 deutlich gestiegen. Ein sprunghafter Anstieg war vor allem gegen Ende des Jahres wahrzunehmen. Auch wurden immer mehr Kleine Waffenscheine beantragt, die zum Führen von freiverkäuflichen Signal- und Schreckschusswaffen berechtigen. Gerade hier sind die Zahlen gegen Ende der Jahres durch die Decke geschossen. Während Schützenverbände und das Innenministerium abwiegeln, sehen wir in diesen Zahlen einen Zusammenhang zur zunehmenden Radikalisierung in unserer Gesellschaft. Wer diesen Zusammenhang negiert, verschließt die Augen vor der Realität.

Deshalb ist aus GRÜNER Sicht rasches Handeln geboten. Vor allem, da der steigenden Zahl von Waffenbesitzern und Waffen kein adäquater Kontrolldruck mehr gegenüber steht. In vielen Landkreisen existiert die Waffenkontrolle nur noch auf dem Papier. Mitunter wird man nur alle 30 Jahre einer unangemeldeten Kontrolle unterzogen. Dies sind für uns keine haltbaren Zustände, eben weil kriminologisch unumstritten ist, dass ein Mehr an Waffen nicht zu mehr Sicherheit in einer Gesellschaft, sondern zu weniger Sicherheit führt. Vor diesem Hintergrund haben wir das Thema Waffen auch im Landtag behandelt.

Darüber hinaus hat sich unser Druck, was den Stopp des Stellenabbaus bei der Polizei angeht, endlich ausgezahlt. Nachdem sich Innenminister und Finanzminister monatelang die Verantwortung zugeschoben haben, wurde durch den Haushalts- und Finanzausschuss nun endlich gebilligt, ab sofort keine weiteren Stellen mehr abzubauen. Hier zeigt sich, auch beharrliche Oppositionsarbeit zahlt sich aus. Das trifft ebenfalls auf die Einigung des Finanzministeriums mit den Gewerkschaften zum Weihnachtsgeld bei den Beamten zu. Auch wenn sie im Detail noch nicht perfekt ist, wurde eine langjährige Forderung, nämlich der Übergang der Sonderzahlung in die Grundbesoldung für die Zukunft umgesetzt. Damit werden derartige Zulagen in Zukunft nicht mehr so einfach zur Disposition stehen.

Ende April wurde durch einen Artikel des Spiegels bekannt, dass Sächsische Behörden offensichtlich erneut bei der Bekämpfung von rechtsterroristischen Gruppierungen versagt haben, diesmal in Freital. Hier bahnt sich ein neues Fanal des Versagens an, den wir intensiv nachgehen werden.

Ich wünsche Ihnen / Euch eine spannende und aufschlussreiche Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen
Valentin Lippmann

Inhaltsübersicht

1. Polizei
2. Anstieg der Kleinen Waffenscheine und waffenrechtlichen Erlaubnisse
3. Rechtsextremismus
4. Nach den Ereignisse in Clausnitz und Bautzen – Sondersitzungen im Landtag
5. Personalplanung in der Sächsischen Verwaltung
6. Datenschutz
7. Notfallrettung
8. Veranstaltungsrückblick: Interkulturelle Kompetenz – Was braucht die Polizei?



Antrag: Lehre und Ausbildung bei der Polizei unverzüglich sicherstellen – kw-Vermerke streichen (Drs.6/4770)

Pressemitteilung: GRÜNE schlagen Kampagne zur Rückholung pensionierter Polizeibediensteter vor (21.03.2016)

Pressemitteilung: Kabinettschluss verhindert bei Stellenausstattung der Polizei nur Schlimmeres (06.03.2016)

1. Polizei

Die Personalsituation in der Sächsischen Polizei verschärft sich zunehmend. Bereits im Oktober letzten Jahres hat Innenminister Markus Ulbig (CDU) den Stopp des Stellenabbaus bei der Polizei angekündigt. Nach den Angriffen von Clausnitz hat der Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) diese Ankündigung nochmals wiederholt. Erst im April 2016 wurde dem Haushalts- und Finanzausschuss eine entsprechende Vorlage zugeleitet. Um den Personalnotstandes bei der Polizei zu beheben haben wir im Sächsischen Landtag einen Antrag eingebracht, der die Rückholung pensionierter Beamtinnen und Beamter in den Polizeidienst vorsieht. Diese sollen frei werdende Stellen in erster Linie im Bereich der Ausbildung der Polizeianwärter besetzen. Das ist möglich und auch notwendig. Denn die geplante Rücknahme des Stellenabbaus bis 2020 allein bringt nicht mehr Polizei auf die Straße.

2. Anstieg der Kleinen Waffenscheine und waffenrechtlichen Erlaubnisse

Pressemitteilung: Dramatischer Anstieg der kleinen Waffenscheine und der waffenrechtlichen Erlaubnisse (02.03.2016)

Kleine Anfrage: Waffenbesitz und Waffenkontrolle, Nachfrage zu Drs. 6/3340 (Drs 6/3964)

Kleine Anfrage: Zahl der Personen mit Sachkundenachweis nach § 7 Abs. 1 WaffG - Nachfrage zu Drs. 6/3061 (Drs 6/3964)

Im November und Dezember 2015 ist die Anzahl der waffenrechtlichen Erlaubnisse und kleinen Waffenscheine nochmal massiv angestiegen. Hier sehe ich die Staatsregierung in der Verantwortung gegen diese besorgniserregende Zunahme von Waffen vorzugehen.

Die Zahl der waffenrechtlichen Erlaubnisse ist 2015 auf 34.915 gestiegen. Das ist ein Anstieg um fünf Prozent zum Vorjahr. Davon sind alleine 1.228 waffenrechtliche Erlaubnisse in den Monaten November und Dezember ausgestellt worden.

Hinzu kommt, dass einer immer größeren Anzahl von Waffen eine vollkommen unzureichende Zahl von Waffenkontrollen gegenüber steht. Je mehr waffenrechtliche Erlaubnisse beantragt werden, umso weniger Zeit bleibt den wenigen Mitarbeitern in den Behörden für Kontrollen.

Antrag: Mit Konsequenz gegen illegalen Waffenbesitz und unzuverlässige Waffenbesitzer – weniger Waffen für höhere Sicherheit im Freistaat Sachsen (Drs.6/4827)

Redebeitrag Valentin Lippmann: Eine große Anzahl von Waffen und Waffenbesitzern in einer Gesellschaft sind eine Gefahr für die Sicherheit (21.04.2016)

Pressemitteilung: GRÜNE fordern verschärfte Kontrollen bei Waffenbesitzern (14.04.16)

Zum Thema haben wir einen Antrag eingebracht, der u.a. verschärfte Kontrollen bei Waffenbesitzern fordert. In der Landtagssitzung am 21. April 2016 wurde der Antrag mit den Stimmen von CDU, SPD und AfD abgelehnt.



Pressemitteilung: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik 2015 – Anstieg rechtsmotivierter Straftaten um 74 Prozent ist eine Katastrophe (06.04.2016)

Statistik der Opferberatungsstellen 2015

Redebeitrag Valentin Lippmann: Wo bleibt Statistik Mehrfachintensivstrafäter Rechts? (21.04.2016)

Pressemitteilung: Festnahmen von mutmaßlichen Rechtsterroristen durch Bundesanwaltschaft in Freital (19.04.2016)

Pressemitteilung: Freital/Spiegel-Bericht - Hätten sächsische Ermittler Anschläge auf alternatives Wohnprojekt und Flüchtlingsunterkunft verhindern können? (23.04.2016)

3. Rechtsextremismus

Die polizeiliche Kriminalitätsstatistik (PKS) für das Jahr 2015 verzeichnet einen massiven Anstieg rechtsmotivierter Straftaten von 1.740 in 2014 auf 2.415 in 2015. Die Anzahl der Angriffe auf Asylunterkünfte hat sich in dem zweiten Halbjahr ebenso massiv erhöht. Diese Zahlen sind erschreckend. Dabei ist zu befürchten, dass die polizeiliche Statistik nur die Spitze des Eisberges zeigt. Nicht alle rechtsmotivierten und rassistischen Angriffe werden in der polizeilichen Statistik als solche erfasst. Vergleicht man die Zahlen mit den Statistiken der Opferberatungsstellen, klafft hier eine große Lücke. Die Opferberatungsstellen in Sachsen gehen von 477 rechtsmotivierten Angriffen in Sachsen im Jahr 2015 aus. Von der Polizei wurden 213 Gewalttaten ermittelt. Die PKS war ebenfalls Thema einer Aktuellen Debatte am 21. April 2016 im Landtag.

Die Übernahme der Ermittlungen wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung durch den Generalbundesanwalt hat am 19. April 2016 zur Festnahme weiterer fünf Personen in Freital geführt. Ihnen wird vorgeworfen, Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte und ein alternatives Wohnprojekt verübt zu haben. Das Handeln der Bundesanwaltschaft ist ein deutliches Signal an jene, die glauben, dass Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte ohne Konsequenzen bleiben. Allerdings werfen aktuelle Erkenntnisse einen Schatten auf die Ermittlungsarbeit der Sächsischen Behörden. Nach Erkenntnissen des SPIEGELS hatte die Polizei eine Telekommunikationsüberwachung gegen einen der später Festgenommenen laufen. Obwohl daraus hätten Erkenntnisse gewonnen werden können, die schwere Straftaten verhindert hätten, wurde von Seiten der sächsischen Sicherheitsbehörden nicht rechtzeitig eingegriffen. Sollte sich der Verdacht bewahrheiten, droht ein weiterer Skandal beim Agieren der Behörden in Sachsen gegen rechtsterroristische Strukturen. Wir erwarten, dass alle Karten in Sachsen auf den Tisch gelegt werden und der Vorfall umfassend aufgeklärt wird.



4. Nach den Ereignissen in Clausnitz und Bautzen – Sondersitzungen im Landtag

Nach den Ereignissen in Clausnitz und Bautzen schaut ganz Deutschland wieder einmal auf Sachsen. Öffentlichkeit, Medien und der Bundestag diskutierten nach den Ereignissen in Clausnitz und Bautzen über die jahrelangen Versäumnisse der CDU-geführten Staatsregierung.

Antrag von GRÜNEN und DIE LINKE: Ganz Deutschland schaut auf Sachsen (Drs. 6/4364)

Redebeitrag Valentin Lippmann: Eine starke Zivilgesellschaft hat die regierende CDU 25 Jahre lang nicht gewollt, weil sie stört, kritisiert, streitet

Pressemitteilung: Clausnitz – Polizei hatte einen vollkommen unzureichenden Kräfteinsatz vorbereitet (26.02.2016)

Nach der Sondersitzung des Innenausschusses des Sächsischen Landtages zu den fremdenfeindlichen Angriffen in Clausnitz am 26. Februar 2016 wurde mehr als deutlich, dass wir dringend eine personelle Aufstockung der Polizei und auch der ländlichen Reviere brauchen. Allein in den umliegenden Revieren von Clausnitz wurden in den vergangenen sieben Jahren 17 Prozent des Personals eingespart. Ich fordere den Innenminister daher auf, Polizeieinsätze endlich so vorzubereiten, dass es zu solchen menschenunwürdigen Situationen für Asylbewerber in Sachsen nie wieder kommen wird.

Im Sächsischen Landtag fand zu den Ereignissen am 29. Februar 2016 eine Sondersitzung statt. Die Fraktionen BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE haben einen gemeinsamen [Antrag](#) eingebracht, der mit den Stimmen von CDU und SPD abgelehnt wurde.

5. Personalplanung in der Sächsischen Verwaltung

Antrag: Transparenz bei Sachsens Personalplanung – Zwischenergebnisse der Kommission zur umfassenden Evaluation der Aufgaben, Personal- und Sachausstattung veröffentlichen

Pressemitteilung: GRÜNE verlangen die Vorlage des Zwischenberichts der Personalkommission (06.01.2016)

Bis zum Jahr 2020 werden 13 Prozent der Landesbediensteten (außer Polizei und Hochschulen) in den Ruhestand gehen. Allein im Bereich der Justiz sind 90 von rund 1.300 Richtern und Staatsanwälten über 60 Jahre alt. Ein Umstand der sofortiges Handeln erfordert, denn der Freistaat Sachsen braucht gutes und ausreichende Personal in der Verwaltung. Bis heute gibt es keinen Zwischenbericht der Personalkommission. Dies haben wir mehrfach gefordert. Unser Antrag zur Veröffentlichung der Zwischenergebnisse wurde im Plenum am 19. November 2015 durch CDU und SPD abgelehnt. Wir werden dies weiterhin einfordern, denn wir müssen jetzt Vorsorge für eine nachhaltige Personalpolitik betreiben

Pressemitteilung: Beamtenbesoldung – GRÜNER Vorschlag, das Weihnachtsgeld prozentual in die Grundbesoldung zu integrieren, wurde aufgenommen (23.03.2016)

Am 17. Dezember 2015 hatte das Bundesverfassungsgericht die Bezüge sächsischer Beamte der Besoldungsgruppe A 10 im Jahr 2011 für verfassungswidrig, weil zu niedrig, erklärt. Maßgeblich dafür war die Streichung des Weihnachtsgeldes im Jahr 2010. Nach langen Verhandlungen haben sich Finanzminister Prof. Georg Unland und die Vertreter der Gewerkschaften im März 2016 auf eine Nachzahlung für die Jahre 2011 bis 2015 und für eine Erhöhung der Grundbesoldung ab 2016 verständigt. Ich begrüße, dass der Vorschlag der GRÜNEN aufgenommen wurde, das Weihnachtsgeld prozentual in die Grundbesoldung zu integrieren und damit ein Kompromiss zur Anhebung der Besoldung sächsischer Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter gefunden wurde.

6. Datenschutz

Antrag: Keine länderübergreifende Denkfabrik und Datensammelstelle für Überwachung - Pläne für das Gemeinsame Kompetenz- und Dienstleistungszentrum auf dem Gebiet der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung d. Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen

Stellungnahme der Staatsregierung zum Antrag

Pressemitteilung: Telekommunikationsüberwachungszentrum – Entwurf des Staatsvertrags auf Plattform Netzpolitik.org (07.03.2016)

Pressemitteilung: Telekommunikationsüberwachungszentrum – Keine Informationen an Abgeordnete, aber Unterlagen im Internet? (03.02.2016)

Zu den Plänen ein gemeinsames Telekommunikationsüberwachungszentrum (TKÜZ) der Bundesländer Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Berlin und Brandenburg zu schaffen gibt es nach wie vor keine Information an Landtagsabgeordnete. Nachdem der Entwurf des Staatsvertrages auf der Plattform Netzpolitik.org veröffentlicht wurde, konnte ich mir einen Eindruck über die geplante Gesamtstruktur des Projekts und die Gesamtkosten machen. Die sind mit insgesamt über 15,5 Millionen Euro für die ersten beiden Geschäftsjahre nicht unerheblich. Auf Sachsen entfallen davon 4,2 Millionen Euro. Der Innenminister muss dem Landtag Einsicht in alle Unterlagen gewähren.

Aus den bisherigen Veröffentlichungen ist ersichtlich, das nach wie vor große datenschutzrechtliche Defizite bestehen. Auch bleibt unklar, wie das sächsische Innenministerium die Rechtsaufsicht über die Anstalt führen soll, ohne kontrollieren zu können, ob die Datenverarbeitungsregelungen der anderen Bundesländer eingehalten wurden. Ich bin nach wie vor nicht überzeugt von dem Projekt und fordere die Staatsregierung auf, dies ad acta zu legen.

Pressemitteilung: Neben Fußballfans noch weitere 178.000 Personendatensätze in eFAS gespeichert (21.04.2016)

Pressemitteilung: Datensammlung über angeblich gewaltbereite Fußballfans muss sofort gelöscht werden (06.04.2016)

Kleine Anfrage: Funkzellenabfrage in Sachsen – Anstieg um 30 Prozent im Jahr 2015 (Drs.6/4047)

Kleine Anfrage: Arbeitsdateien Szenekundiger Beamter (Drs. 6/4224)

Antrag: Erstattung eines Berichts des Sächsischen Datenschutzbeauftragten zur datenschutzrechtlichen Bewertung der im ermittlungsunterstützenden Fallanalyse-System Sachsen (eFAS) angelegten Datensammlungen (09.04.2016)

Kleine Anfrage: Dateien für Phänomenbereiche in eFAS (Drs 6/4529)

Der starke Anstieg der Funkzellenabfragen in Sachsen – 30 Prozent im Jahr 2015 – zeigt wie Sachsen im Bereich Datenschutz agiert. Hier plädiere ich mit Nachdruck, das dieses Instrument nicht als Standardermittlungsstrategie angewendet wird, sondern das davon mit der gebotenen Zurückhaltung Gebrauch gemacht werden soll. Von Zurückhaltung kann man auch nicht sprechen, wenn in Sachsen eine bislang unbekannte Datei 'Gewalttäter Sport', in der 594 Personen gespeichert sind, bekannt wird. In der sächsischen Datei sind offensichtlich mehr Personen aus Sachsen gespeichert als in der datenschutzrechtlich höchst umstrittenen vom Bundeskriminalamt geführten Datei. Dies ergab die Antwort auf meine Kleine Anfrage „Arbeitsdateien Szenekundiger Beamter“.

7. Notfallrettung

Antrag: Notfallrettung in 12 Minuten?
Rechtswidrigen Zustand bei der Erhebung der gesetzlichen Hilfsfristen in Notfällen unverzüglich beseitigen (Dr. 6/3841)

Stellungnahme der Staatsregierung zu Drs. 6/3841

Kleine Anfrage: Erhebung von Hilfsfristen im Rettungsdienst – Nachfrage zur Drs 6/3562' (Drs 6/4271)

Pressemitteilung: Rettungsdienst kommt in knapp 15 Prozent aller Fälle in Sachsen zu spät (31.03.2016)

Pressemitteilung: Staatsregierung kann bis Ende 2016 keine Auskunft geben, ob Notfallrettung in 12 Minuten in Sachsen gewährleistet ist (11.01.2016)

Der Rettungsdienst kommt in knapp 15 Prozent aller Fälle zu spät in Sachsen – das ist das Ergebnis meiner Kleinen Anfrage „Erhebung von Hilfsfristen im Rettungsdienst“.

Die GRÜNE-Fraktion hat deshalb einen Antrag in den Sächsischen Landtag eingebracht, in dem der Innenminister aufgefordert wird, geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Notstand bei den Rettungsdiensten zu beseitigen. Das Innenministerium ist als oberste Brandschutz-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzbehörde für die Kontrolle der Hilfsfristen zuständig und muss im Rahmen der Aufsicht tätig werden.



Valentin Lippmann, Hanjo Protze, Dr. Petra Schickert (v.l.n.r.)

8. Veranstaltungsrückblick: Interkulturelle Kompetenz – Was braucht die Polizei?

Im Rahmen der Dresdner Wochen gegen Rassismus fand am 22. April 2016 in der Grünen Ecke eine Diskussionsveranstaltung mit Hanjo Protze (Polizeidirektor und Leiter des Polizeireviers Meißen) und Dr. Petra Schickert (Kulturbüro Sachsen e.V., mobiles Beratungsteam Mitte-Ost) zu Fragen der Interkulturellen Kompetenz in der Polizei statt.

Einen kurzen Veranstaltungsbericht finden Sie [hier](#).

Kleine Anfragen

Aktuelle Kleine Anfragen von mir finden Sie [hier](#).



Die neue Ausgabe der Sax Grün ist da!

Das Heft mit vielen spannenden Themen ist [hier](#) zu finden.



Dresdner Regionalbüro Valentin Lippmann
Schlüterstr. 7 – 01277 Dresden
Link: [hier](#)

Impressum

Für weitere Informationen, Fragen, Anregungen oder Kritik wenden Sie sich bitte an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Fax: 0351 / 493 48 09

Valentin Lippmann
Sprecher für Datenschutz, Innen- und Kommunalpolitik
Parlamentarischer Geschäftsführer

Tel.:0351/4934830
valentin.lippmann@slt.sachsen.de

Dr. Juliane Hundert
Parlamentarische Beraterin für
Innen- und Kommunalpolitik, Datenschutz
und Justizariat, Beraterin für den 1. UA (NSU)
V.i.S.d.P.: Dr. Juliane Hundert

Tel.:0351/4934833
juliane.hundert@slt.sachsen.de